

# Dresdner Volkszeitung

Redaktions-  
amt: Dresden,  
M. & Comp., Nr. 1298.

Organ für die Interessen des gesamten werktätigen Volkes.

Verkaufs-  
amt: Dresdner  
Str. 1298.

Abonnementpreis einschließlich Briefporto monatlich 6,00 M., durch die Post  
gegen vierteljährlich 18,00 M., unter Ausband für Deutschland monatlich  
8,50 M., Einzelnummer 30 Pf.

Schriftleitung: Wettinerplatz 10. Tel. 25261.  
Erscheinungszeit nur montags von 12 bis 1 Uhr.  
Geschäftsstelle: Wettinerplatz 10. Tel. 25261.  
Erscheinungszeit von 7 Uhr morgens bis 6 Uhr nachm.

Anzeigenpreis: die 6spaltige Nonpareilzeile 2,00 M., Familienanzeigen  
1,50 M., die 6spaltige Reklamzeile 6,00 M. Bei mehrmaliger Aufgabe  
Ermäßigung. Anzeigen sind im Voraus zu bezahlen. Eine Verpflichtung  
zur Aufnahme an vorgeschriebenen Tagen. Für Briefportoabgabe 40 Pf.

Nr. 146

Dresden, Sonnabend den 25. Juni 1921

32. Jahrg.

## Österreichische Probleme

Europa ist es gefällig, daß Österreich wirtschaftlich an  
Wirtschaft leidet, die allmählich ins Galoppieren kam.  
Der geldgierige, daß es an Verfall leidet. Und doch ist  
fast die tiefer entscheidende Krankheit. Was hält denn  
Volk in einem Staat zusammen? Gemeinsames Stam-  
gefühl und gemeinsame Sprache, gemeinsames geschicht-  
liches Schicksal, gemeinsamer Stolz, gemeinsame Hoffnung,  
gemeinsame Liebe zum Boden, gemeinsam-einheitliche Wirt-  
schaft. Wozu von alledem kann die Österreichische erfüllen.  
I. Sie sind ein Stamm mit einer Sprache; aber dieses  
drängt das kleine, unfähige Volk mehr noch dem  
deutschen als als nach dem unmöglichen eigenen Staat.  
Gemeinsames geschichtliches Schicksal haben sie, indes nur  
drei Jahre Tiefe, denn was vorher war — das Schick-  
sal der Habsburgermonarchie — wurde von der heutigen Volks-  
zeit nicht als einheitliches Schicksal erlebt. Gemeinsamer  
Stolz, auf was? auf das gebrechliche Elend, das ein Staat  
sein soll nach der Entente Willen? Gemeinsame Hoffnung,  
was? Gemeinsame Liebe zum Boden? Hier ist Bauern-  
Volk von engem Horizont; der weiteste, den es erblickt,  
das Land, nicht das Reich, zu dem das Land ver-  
zweigt Wien als Hauptstadt gehört. Gemeinsam-einheitliche  
Wirtschaft? Wo wäre sie? Stadt und Land stehen sich ebenso  
Arbeitnehmer und Arbeitgeber feindselig gegenüber, unter  
Druck der Not nichttraulich und von Vorwürfen erfüllt.  
Der Kern ist der Gegensatz von Stadt und Land, Wien,  
Hauptstadt eines rechten Kaiserreichs, hat heute in  
Österreich keinen Daseinsgrund. Was in Wien verhandelt  
ist, ist geringfügige Angelegenheit eines Ländchens. Ver-  
nachlässigt würde für die Abhängigkeiten der österreichischen  
Wirtschaft genügen. Wozu die Paläste, die Banken, die  
Kasinos, wenn doch das Gesamtland all dies nicht  
hat, nachdem der herrliche Apparat eingestürzt oder  
abgewandert ist, die Geschäfte zum guten Teil nach Prag,  
Budapest, Warschau, Bukarest und London verlegt sind, die  
Länder ihrer Rohstoffe beraubt und in ihrer Entwicklung  
gehemmt? Wozu kommt ein: die Wirtschaft und ein  
der Politik werden von Juden beherrscht. Das Land heißt  
aller Kraft dieses städtischen Geschlechts, das mit gewohnter  
Vorfahrt mitten im Verfall alle geltenden und verpöblichen  
Werte, alle entscheidenden Positionen an sich brachte. Ein  
Hilfsloser Antisemitismus, unmittelbarer als bei uns  
von Demagogen noch kräftiger geschürt, operiert nicht  
einfach mit der sehr einseitigen Wendung, daß das  
Österreich der Hälfte seiner Rot ledig wäre ohne das  
Judentum, das geht, ohne zu schaffen. In der Tat sind  
„Aronländer“ von einst nicht gerade Selbstverächter, aber  
nicht so fremdenhaßig wie die Hauptstadt. Ihr Selbst-  
gefühl ist gewaltig gelitten. In den Ländern macht man die  
Süßwasser-Abhängigkeiten, unbekümmert um Wien. In Tirol  
er man ein neues Geld ein, unbekümmert um Wien. In  
Österreich besteuert man die Sommerfrischler und spart  
gegebenenfalls die Grenzen, unbekümmert um die  
erlangenden Wiener. In den Ländern spacht man auf  
Erfassung und Bekehr, unbekümmert um Wien. Oben Re-  
gierung und Volk (im Landjargon: die Juden) von Wien  
unter zu leiden, was geht's den freien Steuere, der  
die Heimat liebt und die Wiener Revolution nicht mit-  
machen will?

Bei manchem andern Volksstamm wären solche Zustände  
hohe vulkanische Eruptionen. Der milde und im Inneren  
schlagliche österreichische Stamm wartet weiter. Er geht  
an den Wiederaufbau. Jährliche Entlassung und Härte  
kennt diese Atmosphäre nicht. Hier will man leben,  
an das Leben dessen Wert ist — oder sterben. Nicht er-  
den, damit die Enkel leben können. So stirbt Wien still  
in. Man sieht nichts davon. Das Strohe und Gahhaus,  
Wasser und Ausflugsort zeigen, ist munterer und eleganter,  
was Mädchen oder Vögel schauen lassen; was in Pra-  
gas, München, Antwerpen, in den Vierteln des Judentums  
den Wächterinnen stehen sich zum Lobe an, ungeheuer,  
flüchtig verstreut, ist elender und jammervoller, als was  
Lins Dunkel birgt. Auf dem austroslawischen Boden er-  
scheint sich starke Naturen zu seiner Innerlichkeit und verzög-  
ter Selbstbeherrschung, schwache Naturen „nenken“ die  
unde, verantwortungs- und glaubenslos. Das Dorado der  
Anteure, der Sonderlinge, der Unbekümmerten, aber auch  
hoher Freiheit und Schaffenslust. Ein Volk höchster Pe-  
nungen in einem Staat, an den niemand glaubt, den nie-  
mand will, der nichts verlangt und der gebrocheln wird, bis  
Dorren der Erde neu über ihn beherrscht.  
Das ist Österreich.

## Parteitag und Frauenkonferenz

Parteiorganen!  
Auf Grund des Organisationsstatuts der Partei beruft  
der Parteivorstand den nächsten Parteitag auf  
Sonntag den 18. September, abends 6 Uhr,  
nach Berlin (Stadthalle) ein.  
Als vorläufige Tagesordnung ist festgesetzt:  
1. Bericht des Parteivorstandes; a) Allgemeines. Re-  
ferent: Franz Krüger; b) Organisation und  
Kasse. Referent: Partels.  
2. Bericht der Kontrollkommission. Referent:  
Brühne.  
3. Bericht der Reichstagsfraktion. Referent: Gustav  
Sach.  
4. Die Wirkung des Versailler Vertrages auf die in-  
nere und äußere Politik Deutschlands, Referent:  
Hermann Müller.  
5. Das Parteiprogramm. Referent: Hermann Mol-  
kenbuhr.  
6. Anträge.  
7. Wahl des Parteivorstandes, der Kontrollkommission  
und des Ortes, an dem der nächste Parteitag statt-  
finden soll.  
Parteiorganen! Wir fordern euch auf, die Vorbereitungen  
für den Parteitag, besonders die Wahlen der Delegierten und  
die Stellung von Anträgen, rechtzeitig zu bewirken. Die An-  
träge der Parteioptionen müssen spä-  
testens am 20. August im Besitze des Parteivorstandes  
sein, wenn sie nach den Bestimmungen des Organisations-  
statuts veröffentlicht werden und in der gedruckten Vorlage  
Aufnahme finden sollen. Die an den Parteivorstand einzu-  
reichenden Anträge sind, jeder für sich, auf ein besonderes  
Blatt Papier zu schreiben. Nur eine Seite des Papiers darf  
beschrieben werden.  
Am 17. September, vormittags 10 Uhr, findet in Ber-  
lin (Stadthalle) eine  
Reichsfrauenkonferenz  
statt. Vorläufige Tagesordnung:  
1. Die Arbeit der Frau in der Gemeinde, a) wirtschaf-  
lich, b) sozial, c) Betriebsarbeit. Referenten werden  
noch bekanntgegeben.  
2. Bericht über den Stand der Frauenbewegung. Re-  
ferent: Marie Juchacz.  
Zur Teilnahme berechtigt sind aus jedem Bezirk 1-2  
Delegierte, die weiblichen Delegierten zum Parteitag und die  
weiblichen Mitglieder des Reichstags. Sofern männliche Ge-  
meinden von ihrer Bezirksleitung mit Mandat versehen werden,  
sind sie zur Teilnahme an der Reichsfrauenkonferenz berech-  
tigt.  
Die Bezirksleitungen werden dringend ersucht, dem  
Parteivorstand die Namen der gewählten Delegierten unter  
genauer Adressenangabe möglichst bis zum 25. August mitzu-  
teilen, damit ihnen das Mandat, die Vorlagen und sonstigen  
Mitteilungen zugesandt werden können.  
Wegen Wohnungsbeschaffung müssen sich die Delegier-  
ten beim Lokalkomitee melden. Adresse: Hugo Fiedler,  
Berlin, Luisenstraße 3.  
Berlin, 25. Juni 1921.  
Der Parteivorstand.

## Zur Aufhebung der Sanktionen

Eigene Drahtmeldung  
Paris, 25. Juni. Ministerpräsident Briand erneuerte gestern  
vor dem Kammerauschuss für auswärtige Angelegenheiten im  
wesentlichen die Ausführungen, die er bereits am Mittwoch vor  
dem Staatsrat gehalten hatte. Er sprach der Sache nach über  
die zur Aufhebung der Versailler Friedensverträge notwendigen  
Sanktionen, über die Maßnahmen, die dazu dienen sollten, in  
Deutschland den Verfassungen für die obersteinsten Freizügler ein  
Veto zu machen, über die Einweisung Deutschlands, über die  
Wiederherstellung der Beziehungen zwischen Deutschland und der  
Welt sowie der alliierten Regierung mit Frankreich und der An-  
erkennung von Anzora eingeleitete Verhandlungen zur Wieder-  
herstellung des Friedens im nahen Osten und schließlich über die

Ergebnisse der Verhandlungen, die der Ministerpräsident am vor-  
genannten Samstag und Sonntag mit Lord Curzon in Paris  
gehabt hat.  
Was die Frage der Sanktionen anlangt, hob Briand  
besonders hervor, daß ihm die Ausweitung um so näher  
liege, als bekannt das Kabinett Briand, das sich auf die Arbeit  
demokratischer Elemente im Reich stütze, konstituiert werde. Wenn  
die Sanktionen jetzt aufgehoben würden, würde dies nur den von  
germanischen Elementen genutzt kommen. Briand erklärte  
wiederholte Male, daß sich die Lage weiter gebessert habe, daß sich  
der englische und italienische Standpunkt dem französischen ge-  
wöhne und daß man daher nunmehr hoffen könne, mit der Unter-  
stützung Lord Curzons zu einer Teilung des Abstimmungsgebietes  
zwischen Deutschland und Polen zu gelangen.

## Steuerkämpfe

Am Schluß seiner Rede, die der Reichskanzler Briand  
gestern im Reichstag über die Steuerfrage hielt, forderte er  
die Parteien auf, die Streitfrage zu begeben. Eine Auf-  
klärung der Mittel für die Wiedergutmachung sind keine  
große Entnahmen für das Reich notwendig, und schon jetzt  
ist der Kampf heftig darüber entbrannt, wie diese großen  
Löhne verteilt werden sollen. Die Beteiligten wenden sich  
mit Händen und Füßen dagegen, daß sie in der notwendigen  
Weise zu den neuen Steuern veranlagt werden. Wenn  
es nach ihnen ginge, müßten die ganzen neuen Steuern durch  
indirekte Steuern aufgebracht werden, die im wesent-  
lichen von den breiten Massen getragen werden.  
Mit Steuererhöhungen sind wir ja seit der Revolution schon  
reichlich belegt worden. Aber bisher hat die Angehörigen  
der besitzenden Klasse recht glänzend weggekommen. Die in  
den letzten vorgezeichneten Steuererhöhungen sind ja zum Teil sehr  
hoch, aber die Steuern, vor allen Dingen die Einkommensteuer,  
sind gerade von den Besitzenden vielfach bisher nicht erhoben  
worden, weil die große Arbeitslosigkeit, die die Durchführung der  
Steuereinkünfte erfordert, von den Behörden noch nicht be-  
wältigt werden konnte.  
Auch das Reichsnotopfer, das die großen Vermögen sehr  
hart belasten sollte, trifft in Wirklichkeit einen großen Teil der  
Besitzenden und gerade die Vermögensfähigen sehr wenig.  
Sonder betroffen wird durch das Reichsnotopfer der Altes-  
rentner, dessen Vermögen hat, hingegen die Kugler  
Widowitwen nicht vermehrt hat, hingegen die Kugler  
der Geldentwertung in Rußland, Handel und Landwirtschaft  
einen sehr kleinen Teil ihres Vermögens als Reichsnotopfer  
zahlen, und zwar deswegen, weil der Wert ihres Ver-  
mögens vom 31. Dezember 1919 der Erhöhung zugrunde  
gelegt ist. Seitdem hat sich das Vermögen wieder infolge der  
Geldentwertung vervielfacht, während sich an dem Betrag,  
den sie als Reichsnotopfer zu zahlen haben, nichts geändert  
hat. So manche, die der Regierung mit einer Abgabe von  
20 bis 30 Proz. ihres Vermögens belastet wurde, werden des-  
halb tatsächlich nur einige wenige Prozent ihres heutigen  
Vermögens zu zahlen haben. Mit Recht hat der Reichskanzler  
daraus hingewiesen, daß der Ertrag vom 31. Dezember 1919  
für die Einführung des Reichsnotopfers ein Maßstab ist. Es  
wird deswegen notwendig sein, daß eine nochmalige Ab-

prüfung der Einführung zum Reichsnotopfer auf Grund des  
Standes der Vermögen an einem späteren Termin stattfinden.  
Inzwischen ist bereits bekannt geworden, daß die Re-  
gierung durch eine wesentliche Erhöhung der Körperschaftsteuer  
eine bessere Erfassung der Erträge unter Kriegsbedingungen  
und Wirtschaften mit beschränkter Haftung erreichen will.  
Die Körperschaftsteuer soll von 10 auf 30 Prozent erhöht  
werden, eine Veranschlagung, die allerdings gewisse Änderungen  
gegenüberstellen. Man muß dringend wünschen, daß die Kör-  
perschaftsteuer nicht die einzige Maßnahme der Regierung bleibt,  
die ergriffen wird, um die Besitzenden zu höheren  
Leistungen heranzuziehen. Bei den Anforderungen, die  
das Reich für die Wiedergutmachung an das deutsche Volk  
stellen muß, müssen die besitzenden Schichten auf härtere  
Belastungen eingehen. Aber auch wenn das geschieht, werden die  
Belastungen durch die Wiedergutmachung notwendig werdenden Ausgaben  
des Reiches nicht gedeckt werden können und die Reichsregierung  
hat auch bereits angekündigt, daß sie dem deutschen Volk ein sehr  
wenig schönes Päckchen aller möglichen Steuern präsentieren  
wird, die auch die breiten Massen schwer belasten werden.  
Große politische Kämpfe um die Steuern haben und  
bisher, aber wenn die neuen Steuerentwürfe fertig geworden  
sind, so wird der Steuerkampf noch nicht beendet sein.  
Dann wird zwischen den einzelnen Schichten des Volkes der  
Kampf um die Abwälzung der erhöhten Steuerlasten entzünden.  
Die Besitzenden werden versuchen, daß, was sie meist an  
Steuern zahlen müssen, durch Verrechnungen wieder zurück-  
zubekommen. Bisher das freilich möglich sein wird, wird von  
den sehr verwickelten Verhältnissen in den einzelnen  
Bereichen unter Wirtschaftswesen abhängen. Bei manchen  
Bereichen werden Verrechnungen nicht möglich sein, weil die  
Weltmarktpreise für das Preisniveau nachlassend sind und  
darüber hinaus nicht gegangen werden kann. In anderen  
Bereichen, besonders dort, wo ein Monopol vorhanden ist, werden  
einfach die Warenpreise erhöht werden. Schließlich werden  
aber auch die Fabrikanten und Händler bei der Abwälzung  
noch ein gutes Geschäft machen.  
Auch die Arbeiter werden natürlich versuchen müssen,  
durch Lohnverhandlungen die Verteuerung der Lebens-  
haltung, die zu erwarten ist, wieder auszugleichen. Die  
Arbeitslosigkeit wird in den nächsten Monaten ja nicht nur  
durch die Steuererhöhungen belastet werden, sondern  
auch durch die zu erwartende Verteuerung des Brotes und